

## Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir setzen uns für Bayerns Bürger ein. Damit Sie sich zukünftig ein besseres Bild über unsere politische Arbeit machen können, wollen wir Ihnen heute unseren neuen Newsletter „Unsere bzw. meine Woche im Landtag“ vorstellen.

**Auch in der vergangenen Woche ist wieder viel passiert, worüber wir Sie auf dem Laufenden halten wollen.**

Auf der Tagesordnung des Plenums standen mehrere Gesetzesentwürfe, darunter ein interfraktioneller von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und den FREIEN WÄHLERN zur „Einführung einer Berichtspflicht bei Todesfällen von Gefangenen, Sicherungsverwahrten, Untersuchungsgefangenen und untergebrachten Personen in den Justizvollzugsanstalten, den Einrichtungen für Sicherungsverwahrung und den Maßregelvollzugseinrichtungen in Bayern“.

Auch unser Gesetzentwurf zu einer Neufassung des Petitionsgesetzes wurde in erster Lesung behandelt. Als Mitglied des Europaausschusses und des Sozialausschusses wurden zwei Anträge, an denen ich federführend mitwirkte, einstimmig angenommen .

Viel Spass beim Lesen wünscht Ihnen  
Dr. Hans Jürgen Fahn (MdL)



## Rückblick

Highlight der Woche für unsere Fraktion war ohne Zweifel die **Übergabe eines Tanklöschfahrzeugs** an den Kabarettisten Christian Springer und seinen Verein Orienthelfer e.V. Uns ist es wichtig, den Menschen in Krisengebieten Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Dazu werden Feuerwehrautos dringend benötigt. Das

gespendete Löschfahrzeug samt Ausrüstung und einem Handbuch auf Arabisch wird nun in den Libanon gebracht. Mit einer Spedition wird es von Hamburg aus nach Beirut verschifft und von dort aus zu seinem neuen Einsatzort gefahren. In dieses Land, das von der Fläche her mit Niederbayern vergleichbar ist und rund sechs Millionen Einwohner hat, sind knapp zwei Millionen Syrer geflohen. Sie wurden in Gemeinden und in Flüchtlingslagern untergebracht. Viele ursprünglich kleine Gemeinden im Libanon, die durch die Flüchtlinge auf viele Tausend Menschen angewachsen sind, haben kein Feuerwehrauto, oftmals sind bereits ganze Zeltstädte abgebrannt. Unsere Hilfe kommt daher wie gerufen.



*Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Hubert Aiwanger (4.v.l) und Christian Springer von Orienthelfer e.V. (5.v.r)*

Auch in Unterfranken haben meine Mitarbeiter und ich in den vergangenen Wochen zahlreiche Feuerwehren angesprochen und um Unterstützung in Form von nicht mehr benötigten Gerätschaften und Ausrüstungsgegenständen gebeten. Die ersten positiven Rückmeldungen sind bereits eingegangen. Wer Kontakt zu Feu-

erwehren hat, die möglicherweise Ausrüstungsgegenstände im Bestand haben, die nicht mehr benötigt werden, bitte mit meinem Büro in Aschaffenburg in Verbindung setzen.

Keine **Sperrklausel** durch die Hintertür. Das fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag. Wir fordern die Staatsregierung darin auf, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, eine europarechtlich verbindliche Sperrklausel für Europawahlen zu verhindern. Das Europäische Parlament ist nämlich im Begriff, eine Reform des Europawahlrechts zu verabschieden. Gefordert wird nunmehr eine verpflichtende Sperrklausel zwischen drei und fünf Prozent, die künftig in allen EU-Ländern mit einem größeren Kontingent als 26 Europaabgeordneten greifen soll. In der Praxis hat das nur Auswirkungen auf zwei Länder, die keine entsprechenden nationalen Regelungen vorweisen können, nämlich Deutschland und Spanien. Angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das für eine Abschaffung der Sperrklausel bei Europawahlen entschieden hat, können wir eine solche europarechtliche Regelung von deutscher und bayerischer Seite nicht unterstützen. Denn eine derartige Klausel ginge zu Lasten der Wahlgerechtigkeit. Unser Antrag fand im Plenum eine deutliche Mehrheit.

Mit einem weiteren Dringlichkeitsantrag wollen wir Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit bei der **Krankenhausreform** sicherstellen. Die geplante Reform darf keinesfalls zulasten kleiner Kliniken gehen. Wir nehmen die Staatsregierung in die Pflicht, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Gesetzesentwurf für ein Krankenhaus-Strukturgesetz (KHSG) in wichtigen Punkten geändert wird. Wir wollen weiterhin eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Bayern erhalten. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Auch die ambulante Notfallversorgung muss durch die niedergelassenen Haus- und Fachärzte weiterhin flächendeckend sichergestellt werden.

Im Plenum wurden diese Woche auch zwei Anträge zum **Cannabiskonsum** behandelt. Während die Grünen eine Straffreigrenze auch in Bayern verbindlich umgesetzt sehen wollen, fordert die CSU keine Legalisierung von Cannabis als Genussmittel. Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Cannabis kann in bestimmten Fällen die Schmerzen schwerkranker Menschen lindern. Diesen Nutzen wollen wir FREIE WÄHLER den Patienten nicht vorenthalten und befürworten den Konsum von Cannabis bei ärztlicher Verordnung und auch nur bei schwerkranken Menschen. Dennoch darf man die Gesundheitsgefahren von Cannabis und ihre Wirkung als Einstiegsdroge gerade auch für Jugendliche nicht verkennen. Deshalb lehnen wir FREIE WÄHLER die völlige Legalisierung von Cannabis ab. Wir sehen in den Strafvorschriften keine übermäßige Kriminalisierung, da die Strafverfolgungsorgane bereits jetzt unter bestimmten Voraussetzungen von der Strafverfolgung absehen können – und so dem Einzelfall Rechnung getragen werden kann.

Mit unserem Antrag zur **Bekämpfung von Fluchtursachen** waren wir im Europaausschuss erfolgreich. Wir haben darin eine europäische Sonderfinanzierung für die UN-Flüchtlingshilfe im Nahen Osten und Afrika gefordert. Die UN-Hilfsorganisationen leiden nämlich seit Monaten unter erheblichen Finanzierungsengpässen. Drastisch rationierte Lebensmittel und ein Zusammenbrechen der Gesundheitsversorgung in den Flüchtlingscamps des Nahen Ostens und Afrikas sind die Folge. Dies zwingt wiederum viele Menschen, ihre Flucht nach Europa fortzusetzen.

Letzten Donnerstag erreichten wir im Sozialausschuss (Antrag einstimmig angenommen) die Zusage der Staatsregierung, dass **flächendeckend Anlaufstellen für Ehrenamtliche im Asylbereich geschaffen werden**. Wir wollen die bestehenden Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement bzw. die Freiwilligenagenturen stärken. Auch die Asylsozialberatung wird stark ausgebaut, 2016 stehen hier 30 Mio. € zur Verfügung.

## V o r s c h a u

Am 13. November 2015, 18:00 Uhr, findet im Senatssaal des Bayerischen Landtags unser Parlamentarischer Abend statt:

**Mittelstand stärken: Bürokratieaufwand in Handwerk, Gastronomie und Agrarwirtschaft endlich reduzieren!**



Mindestlohn, Allergenverordnung, verschärfte Brandschutz- und Hygieneauflagen, Tachographenpflicht - die Auflagen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Vor allem die Kontroll- und Dokumentationspflichten lähmen gerade kleinere Firmen. Im lebensmittelverarbeitenden Bereich, in Handwerk und Gastronomie sowie in der Landwirtschaft sind Familienbetriebe an der Tagesordnung. Sie leiden besonders unter der staatlichen Regelungswut. Die Folge: Betriebe müssen Mitarbeiter ausstellen oder gleich ganz aufgeben.

Wir FREIE WÄHLER meinen: Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht! Wir müssen der Regulierungswut entgegentreten. Welche Probleme am drängendsten sind, wollen wir gemeinsam mit Fachleuten sowie interessierten Bürgern auf unserem Parlamentarischen Abend erörtern. Auch die Themen „Erhalt der Bayerischen Wirtshauskultur in Stadt und Land“ sowie „Gleichwertigkeit von beruflicher

und akademischer Bildung“ sollen angesprochen werden.

Gastgeber des Parlamentarischen Abends sind unsere Abgeordneten

- **Johann Häusler**, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher,
- **Dr. Leopold Herz**, agrar- und forstpolitischer Sprecher, und
- **Prof. Dr. Michael Piazolo**, hochschul- und medienpolitischer Sprecher.

Wir freuen uns auf zahlreiche interessierte Teilnehmer. Zur Anmeldung klicken Sie einfach hier: <http://goo.gl/Lu8p5b>

## Arbeitskreis „Senioren und Generationen“ (Leitung: H.J. Fahn)

Die Zahl der älteren Menschen nimmt immer mehr zu. Doch wie und wo werden oder wollen sie leben und wohnen? Zuhause oder in alternativen Wohnformen?

Diese Frage steht im Mittelpunkt unseres Landesarbeitskreises „Senioren und Generationen am Montag, dem 30.11. 2015 ab 19:00 Uhr im Hofbräukeller in Würzburg. Geplant sind Referate von Albrecht G. Walther und Christine Degenhart zu den Themen „Wohnen in der Gemeinschaft“ (lieber gemeinsam als einsam) und „Wohlfühlen zu Hause – auch im Alter eine neue Alternative, aber mit den richtigen Hilfsmitteln“.

Interessenten melden sich bitte bis zum 20.11. in meinem Bürgerbüro [buer@hans-juergen-fahn.de](mailto:buer@hans-juergen-fahn.de), 06021 / 92 16 825

**Am Freitag, dem 6.11.** findet um 19 Uhr im Hofbräukeller in Würzburg die Jahreshauptversammlung der Jungen Freien Wähler Unterfranken statt. **Wichtiger Punkt sind die Neuwahlen.** An diesem Abend wird auch das Zwischenergebnis einer **Umfrage zur Politikverdrossenheit** von meiner Mitarbeiterin Clara Hinterberger vorgestellt.

---

### Impressum

Verantwortlich nach §5 TMG:

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
Justin-Kirchgäßner-Str. 11  
63906 Erlenbach am Main

Tel.: 09372 6985  
E-Mail: [dr.fahn@onlinehome.de](mailto:dr.fahn@onlinehome.de)